

# LESEEXEMPLAR

**Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH  
Magdeburg**

**B E R I C H T  
über die Prüfung**

**des Jahresabschlusses  
zum 31. Dezember 2023  
und  
des Lageberichtes  
für das Geschäftsjahr 2023**

**Dieses Leseexemplar ist nur zur vorläufigen Unterrichtung des Auftraggebers und nicht zur Herausgabe an Dritte bestimmt!**

**Änderungen bei der endgültigen Berichtsabfassung bleiben vorbehalten. Die Übergabe des Leseexemplars erfolgt unter der Voraussetzung, dass es spätestens bei Empfang der unterschriebenen endgültigen Ausfertigungen vernichtet bzw. an uns zurückgegeben wird.**

## INHALTSVERZEICHNIS

<u>BERICHT</u>	<u>Seite</u>
<b>A. Prüfungsauftrag</b>	1
<b>B. Grundsätzliche Feststellungen</b>	2
Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	2
<b>C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung</b>	5
<b>D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung</b>	8
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	8
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
2. Jahresabschluss	8
3. Lagebericht	8
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	9
<b>E. Feststellungen aus Erweiterung des Prüfungsauftrags nach § 53 HGrG</b>	11
<b>F. Feststellungen zur Prüfung des Treuhandvermögens</b>	12
<b>G. Public Corporate Governance Kodex</b>	13
<b>H. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung</b>	14

## ANLAGEN

Bilanz zum 31. Dezember 2023	Anlage 1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023	Anlage 2
Anhang für das Geschäftsjahr 2023	Anlage 3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023	Anlage 4
Rechtliche Verhältnisse	Anlage 5
Wirtschaftliche Kennzahlen	Anlage 6
Fragenkatalog gemäß § 53 HGrG	Anlage 7
Einnahmen- und Ausgabenrechnung und Treuhandvermögen	Anlage 8
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschafts- prüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	Anlage 9

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
d. h.	das heißt
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EU	Europäische Union
e.V.	eingetragener Verein
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz)
HRB	Handelsregister Abteilung B
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
INSA	Informationssysteme Nahverkehr Sachsen-Anhalt und MDV
IT	Informationstechnik
IVS	Intelligente Verkehrssysteme im Straßenverkehr
i. H. v.	in Höhe von
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
LBeamtVG	Landesbeamtenversorgungsgesetz
LENA	Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg
LHO	Landeshaushaltsordnung
LSA	Land Sachsen-Anhalt
MDV	Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH
MID	Ministerium für Infrastruktur und Digitales
MF LSA	Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt
n.F.	neue Fassung
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVG LSA	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt
ÖSPV	Öffentlicher Straßenpersonennahverkehr
PH	Prüfungshinweis
PS	Prüfungsstandard
RdErl	Runderlass
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
TU	Technische Universität
TVL	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder
VOF	Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen
z. B.	zum Beispiel

## A. Prüfungsauftrag

Der Aufsichtsrat der

Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH

Magdeburg

- im Folgenden auch NASA GmbH oder Gesellschaft genannt -

hat uns auf der Grundlage des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 7. September 2023 beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 zu prüfen.

Die Gesellschaft erfüllt die Größenkriterien einer kleinen Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB. Bei der von uns durchgeführten Prüfung des Jahresabschlusses 2023 und des Lageberichts des Geschäftsjahrs 2023 handelt es sich um eine freiwillige Prüfung aufgrund der Regelungen im Gesellschaftsvertrag.

Die Prüfung haben wir nach den handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 316 und 317 HGB) und den berufssüblichen Grundsätzen vorgenommen.

Darüber hinaus wurden wir beauftragt, die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 HGrG sowie den Mittelzufluss und die Mittelverwendung im Bereich des treuhänderisch verwalteten Vermögens zu prüfen.

Über Art und Umfang sowie das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW PS 450 n.F. (10.2021)) erstellt wurde. Der Bericht ist an das geprüfte Unternehmen gerichtet.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der Fassung vom 1. Januar 2024 maßgebend. Für die Höhe unserer Haftung und im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

## **B. Grundsätzliche Feststellungen**

### **Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter**

Die Geschäftsführung hat im Jahresabschluss und im Lagebericht die wirtschaftliche Lage des Unternehmens dargestellt und beurteilt.

Als Abschlussprüfer nehmen wir entsprechend § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestandes und der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens unter Berücksichtigung des Lageberichtes ein.

Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses gewonnen haben.

Hervorzuheben sind für die Lagebeurteilung des Berichtsjahres insbesondere die folgenden Aspekte:

- Die NASA GmbH nimmt als reine Managementgesellschaft die Aufgaben der Daseinsvorsorge nach dem ÖPNVG LSA für den alleinigen Gesellschafter und Auftraggeber, das Land Sachsen-Anhalt, wahr. Den Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs lag auch in 2023 der mit dem Land Sachsen-Anhalt geschlossene Geschäftsbesorgungs- und Treuhandvertrag zugrunde. Zum Aufgabengebiet gehören ebenso die Wahrnehmung der Aufgaben des Kompetenzzentrums, Intelligente Verkehrssysteme, Logistik, Grüne Mobilität des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Übernahme von Aufgaben im Rahmen des Kohleausstieges.
- Der ursprüngliche Planumsatz musste nachträglich von T€ 7.521 auf T€ 6.870 korrigiert werden. Hintergrund sind geringere Umsätze aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag infolge der Verschiebung von Projekten und Nichtbesetzung offener Stellen. Der realisierte Umsatz unterschreitet den neuen Planansatz um T€ 12.
- Bei den Umsatzerlösen ist im Vorjahresvergleich ein Zuwachs um T€ 729 auf T€ 6.858 zu verzeichnen. Dies ist insbesondere auf einen Anstieg der Erlöse aus den Dienstleistungen nach dem ÖPNV-Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt (+ T€ 769) zurückzuführen.
- Der Personalaufwand erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund von Neueinstellungen und vermehrten Änderungen der Tarifeinstufung gegenüber dem Vorjahr um T€ 840.

- Den gestiegenen Abschreibungen (+ T€ 68) stehen Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen (insgesamt T€ 471) gegenüber.
- Die Gesellschaft weist für das Jahr 2023 ein Jahresergebnis von T€ - 122 (Vorjahr: T€ - 66) aus.
- Die Bilanzsumme liegt mit T€ 4.353 unter dem Vorjahresniveau. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme sank von 21 % auf 20 %, da die Bilanzsumme 2023 unterproportional zurückging. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 60 % (Vorjahr 63 %). Das Anlagevermögen ist durch langfristiges Kapital, insbesondere Eigenkapital und Sonderposten für Investitionszuschüsse, gedeckt.
- Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Dem kurzfristig fälligen Fremdkapital (T€ 1.122) stehen am Bilanzstichtag kurzfristig verfügbare Bankguthaben in Höhe von T€ 909 und kurzfristige Forderungen (T€ 750) gegenüber.

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. Wir halten diese Darstellung für plausibel.

Folgende Aspekte sind wesentlich:

- Nach Aussage der Geschäftsführung bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken, da die Finanzierung der Maßnahmen der Gesellschaft gemäß Geschäftsbesorgungs- und Treuhandvertrag durch das Land Sachsen-Anhalt im vorgegebenen Rahmen des Wirtschaftsplanes gewährleistet wird.
- Ein Risiko, das dennoch Auswirkungen auf die NASA GmbH haben könnte, ist nach Einschätzung der Geschäftsführung ein möglicher externer Angriff auf die digitale Infrastruktur der Gesellschaft. Vorbeugend wurde deshalb in 2023 ein Cyber-Security-Konzept erstellt.
- Ein weiteres Risiko für die Gesellschaft resultiert eigenen Angaben zufolge aus dem anhaltenden Fachkräftemangel. Dies wiegt umso schwerer, da Gesetzesänderungen, Vertragsgestaltungen und unterschiedliche Finanzierungsquellen zunehmend größere personelle Kapazitäten und eine höhere Fachkompetenz erfordern. Auch hier hat die Gesellschaft in 2023 bereits Gegenmaßnahmen definiert.
- Die Geschäftsführung erwartet für 2024 einen Umsatz von T€ 8.155 und ein ausgeglichenes Ergebnis.

- Die kriegsbedingt weiterhin hohen Energiekosten und Materialengpässe werden sich nach Aussage der Geschäftsführung auch zukünftig auf die SPNV-Unternehmen auswirken. Darüber hinaus steigt der Zuschussbedarf im SPNV aufgrund der Personalkostenentwicklung. Beides wird auch die Tätigkeit der NASA GmbH beeinflussen.

Insgesamt halten wir die Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch die gesetzlichen Vertreter im Jahresabschluss und im Lagebericht für zutreffend.

### **C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung**

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags prüften wir die Buchführung, den nach den deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

Auftragsgemäß wurde auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG durchgeführt.

Die Geschäftsführung trägt die Verantwortung für die im Jahresabschluss und Lagebericht gemachten Angaben sowie die uns erteilten Auskünfte und vorgelegten Unterlagen. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen und Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen in der Zeit vom 15. April bis zum 27. Mai 2024 durch.

Einzelheiten über die Prüfungsdurchführung dokumentierten wir nach Art, Umfang und Ergebnis in unseren Arbeitspapieren.

Die Prüfung erfolgte nach handelsrechtlichen Vorschriften (§ 316 ff. HGB) und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW). Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Unrichtigkeiten und Verstößen sind.

Die Prüfung erstreckte sich nicht darauf, den Fortbestand des geprüften Unternehmens sowie die Wirtschaftlichkeit oder Wirksamkeit zuzusichern, mit der die Geschäfte des Unternehmens bisher geführt wurden oder zukünftig geführt werden.

Die Prüfung des Jahresabschlusses legten wir unter Beachtung der Grundsätze gewissenhafter Berufsausübung an. Zielsetzung ist es, solche Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und die sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags zu erkennen, die sich auf die Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage i. S. des § 264 Abs. 2 HGB wesentlich auswirken.

Den Lagebericht prüften wir darauf, ob er den gesetzlichen Vorschriften entspricht sowie in Einklang mit dem Jahresabschluss und unseren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen steht. Er soll insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermitteln, und auch die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellen.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgte unter Verwendung des IDW-Prüfungsstandards: "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720).

Grundlage unseres risikoorientierten Prüfungsvorgehens ist die Erarbeitung einer Prüfungsstrategie. Diese basiert auf der Beurteilung des wirtschaftlichen Umfelds des Unternehmens, seiner Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken. Die darauf aufbauende Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und dessen Wirksamkeit führen wir turnusmäßig durch. Die Erkenntnisse daraus werden bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt. Bei der Erstellung des unternehmensindividuellen Prüfungsprogramms werden die Grundsätze der Wesentlichkeit und Risikoorientierung beachtet.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 26. Mai 2023 versehene Vorjahresabschluss; er wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 16. August 2023 festgestellt.

Unsere Prüfungsstrategie führte im Berichtsjahr zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms:

- rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem,
- Ansatz und Bewertung des Anlagevermögens,
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen,
- Ansatz und Vollständigkeit der Verbindlichkeiten,
- Periodenabgrenzung der Umsatzerlöse,
- Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben im Anhang,
- Plausibilitätsprüfung der Prämissen und Prognosen im Lagebericht.

Im Rahmen der Abschlussprüfung führten wir insbesondere folgende Prüfungshandlungen durch:

- Bankbestätigungen, Rechtsanwaltsbestätigungen über schwebende Rechtsstreitigkeiten sowie eine Steuerberaterbestätigung wurden eingeholt.

Die Geschäftsführung bestätigte uns die Vollständigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichtes schriftlich. Die von der Geschäftsführung erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden erteilt.

## **D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung**

### **I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

#### **1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

Die Organisation der Buchführung, das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem, der Datenfluss, das Belegwesen und die entnommenen Informationen aus weiteren geprüften Unterlagen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung der Geschäftsvorfälle in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht. Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

#### **2. Jahresabschluss**

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nach den Vorschriften der §§ 242 bis 256a und der §§ 264 bis 288 HGB sowie der Sondervorschriften des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Er entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

Die Angaben im Anhang sind vollständig und zutreffend.

#### **3. Lagebericht**

Der Lagebericht entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

## II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Nach unserer pflichtgemäß durchgeführten Prüfung sind wir der Auffassung, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kapitalgesellschaft vermittelt.

Folgende Sachverhalte und folgende Posten sind für die Beurteilung von erheblicher Bedeutung:

<u>Summe Anlagevermögen</u>	<u>T€</u>	<u>2.621</u>
	( T€	3.005 )

Die Summe des Anlagevermögens hat sich bei Investitionen in Höhe von T€ 316 infolge planmäßiger Abschreibungen (T€ 700) um T€ 384 verringert. Die Zugänge betreffen im Wesentlichen Investitionen in Taflemonitore T€ 106, Voice-over-IP Telefonanlage und EDV-Ausstattung in Höhe von T€ 80, EDV-Software in Höhe von T€ 29 sowie Büroeinrichtung in Höhe von T€ 26.

<u>sonstige Vermögensgegenstände</u>	<u>T€</u>	<u>750</u>
	( T€	749 )

Die Zusammensetzung der sonstigen Vermögensgegenstände hat sich nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr verändert. Im Ausweis sind Forderungen gegen den Gesellschafter in Höhe von T€ 524 (Vorjahr: T€ 544) enthalten.

<u>Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	<u>T€</u>	<u>909</u>
	( T€	846 )

Die Anstieg der liquiden Mittel ist stichtagsbedingt.

<u>Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</u>	<u>T€</u>	<u>2.306</u>
	( T€	2.673 )

Im Berichtsjahr erfolgte ein Zugang in Höhe von T€ 104. Diesem steht eine Auflösung in Höhe von T€ 471 gegenüber.

<u>sonstige Rückstellungen</u>	<u>T€</u>	<u>545</u>
	( T€	540 )

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich im Wesentlichen aus Rückstellungen für ausstehende Rechnungen der IVU Trafic Technologies AG in Höhe von T€ 333 (Vorjahr: T€ 333), Rückstellungen für Personal in Höhe von T€ 116 (Vorjahr: T€ 98) sowie Rückstellungen für Aufbewahrungspflichten in Höhe von T€ 39 (Vorjahr: T€ 39) zusammen.

<u>Umsatzerlöse</u>	<u>T€</u>	<u>6.858</u>
	( T€	6.129 )

Die Umsatzerlöse betreffen im Wesentlichen die Geschäftsbesorgung für das Land Sachsen-Anhalt (T€ 6.275, Vorjahr: T€ 5.502). Des Weiteren sind in den Umsatzerlösen Einnahmen aus dem Vermietgeschäft (T€ 556, Vorjahr: T€ 559), Einnahmen aus der Verwaltung technischer Denkmäler (T€ 19, Vorjahr: T€ 23) und Einnahmen aus der Bereitstellung von URL-Links für Tafelmonitore (T€ 8, Vorjahr: T€ 7) enthalten. Die Erhöhung der Umsatzerlöse aus der Geschäftsbesorgung für das Land Sachsen-Anhalt resultiert vor allem aus dem Anstieg der Personal- und Mietkosten.

<u>sonstige betriebliche Erträge</u>	<u>T€</u>	<u>914</u>
	( T€	722 )

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (T€ 471, Vorjahr: 469), die Einnahmen aus der Erstattung für Landes- und Bundesforschungsprojekte (T€ 389, Vorjahr: T€ 210), Erträge nach Aufwendungsausgleichsgesetz (T€ 25, Vorjahr: T€ 26) sowie Ertragszuschüsse des Landes im Rahmen des Vermietgeschäftes für Projektleistungen (T€ 20, Vorjahr: T€ 11) enthalten.

<u>Personalaufwand</u>	<u>T€</u>	<u>6.206</u>
	( T€	5.366 )

Der Zuwachs beim Personalaufwand resultiert hauptsächlich aus dem Anstieg der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl (+9) sowie Änderungen der Tarifeinstufung durch längere Zugehörigkeit bei etwa 1/3 der Mitarbeiter.

**E. Feststellungen aus Erweiterung des Prüfungsauftrags nach § 53 HGrG**

Wir haben im Rahmen der pflichtgemäßen Durchführung unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages geführt worden sind.

Den Nachweis der erforderlichen Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und zu den wirtschaftlichen Verhältnissen haben wir unter Berücksichtigung des IDW-Prüfungsstandards "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) in der Anlage 7 zusammengefasst.

Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse von Bedeutung sind.

**F. Feststellungen zur Prüfung des Treuhandvermögens**

Wir haben auftragsgemäß den Mittelzufluss und die Mittelverwendung im Bereich des treuhänderisch verwalteten Vermögens geprüft. Dazu wurde eine Systemaufnahme der Buchführung sowie des Controllings im Treuhandbereich durchgeführt. Wir haben anhand von Stichproben die ordnungsgemäße Verbuchung der Mittelzu- und Abflüsse aufgrund der vorhandenen Mittelabrufe sowie der Aufwendungen im Treuhandbereich geprüft.

Unsere Prüfung des Mittelzuflusses und der Mittelverwendung im Bereich des treuhänderisch verwalteten Vermögens hat zu keinen Einwendungen geführt.

## **G. Public Corporate Governance Kodex**

Gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrags ist im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses auch zu prüfen, ob die Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex des Landes Sachsen-Anhalt abgegeben und veröffentlicht wurde.

Die Erklärung zum Public Corporate Governance Kodex des Landes hat uns im Entwurf vorgelegen. Da diese Erklärung gemeinsam mit dem geprüften Jahresabschluss veröffentlicht werden soll, ist eine Veröffentlichung bis zum Abschluss der Prüfung nicht erfolgt.

Die Veröffentlichung der Vorjahreseklärung ist erfolgt.

## H. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Dem Jahresabschluss der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg, zum 31. Dezember 2023 und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 erteilen wir mit heutigem Datum folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH

### *Prüfungsurteile*

Wir haben den Jahresabschluss der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

*Grundlage für die Prüfungsurteile*

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

*Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht*

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

*Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2023 der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg, erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berichterstattung bei Abschlussprüfungen.

Magdeburg, 27. Mai 2024

CT Lloyd GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dipl.-Ökon. Gerd Kleveman  
Wirtschaftsprüfer

ppa.

Dipl.-Kffr. Yvonne Dietrich  
Wirtschaftsprüfer

Für Veröffentlichungen oder die Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von der testierten Fassung abweichenden Form sowie für den Fall der Übersetzung in andere Sprachen bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, falls dabei der von uns erteilte Bestätigungsvermerk zitiert wird oder ein Hinweis auf unsere Jahresabschlussprüfung erfolgt; wir weisen hierzu auf die Bestimmungen des § 328 HGB hin.

**Bilanz zum 31. Dezember 2023**  
**der**  
**Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH**  
**Magdeburg**

AKTIVA			Vorjahr				Vorjahr
	€	€	€		€	€	€
<b>A. Anlagevermögen</b>				<b>A. Eigenkapital</b>			
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>				I. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	511.300,00		511.300,00
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		218.698,00	225.588,00	II. <u>Gewinnrücklagen</u>			
II. <u>Sachanlagen</u>				andere Gewinnrücklagen	159.132,08		159.132,08
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.397.871,00		2.748.532,00	III. <u>Gewinnvortrag</u>	338.259,78		404.179,20
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>0,00</u>	2.397.871,00	26.386,00	IV. <u>Jahresfehlbetrag</u>	-121.760,44		-65.919,42
III. <u>Finanzanlagen</u>				Summe Eigenkapital	886.931,42		1.008.691,86
Beteiligungen		4.400,01	4.400,01	<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</b>	2.306.105,00		2.673.463,00
<b>B. Umlaufvermögen</b>				<b>C. Rückstellungen</b>			
I. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>				1. Steuerrückstellungen	26.660,16		26.660,16
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	811,81		84.536,64	2. sonstige Rückstellungen	<u>544.569,82</u>	571.229,98	540.171,66
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>749.757,96</u>	750.569,77	748.774,04	<b>D. Verbindlichkeiten</b>			
II. <u>Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>		908.973,59	845.989,82	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	395.727,16		295.990,96
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		72.712,88	96.809,85	2. sonstige Verbindlichkeiten	<u>152.993,69</u>	548.720,85	187.543,57
				<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	40.238,00		48.495,15
		<u>4.353.225,25</u>	<u>4.781.016,36</u>			<u>4.353.225,25</u>	<u>4.781.016,36</u>
		<u>4.353.225,25</u>	<u>4.781.016,36</u>			<u>4.353.225,25</u>	<u>4.781.016,36</u>
Treuhandvermögen		26.028.825,89	2.518.166,04	Treuhandverbindlichkeiten		26.028.825,89	2.518.166,04

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit  
vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023  
der  
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH  
Magdeburg**

	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse		6.858.048,37	6.128.672,80
2. sonstige betriebliche Erträge		913.847,18	721.925,68
3. Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen		206.332,35	128.772,62
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	5.115.863,02		4.428.059,40
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>1.090.362,92</u>	6.206.225,94	937.879,38
5. Abschreibungen			
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		699.671,36	631.607,37
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		794.402,28	790.199,13
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		12.975,52	0,00
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>-0,42</u>	<u>0,00</u>
9. Ergebnis nach Steuern		-121.760,44	-65.919,42
10. Jahresfehlbetrag		<u>-121.760,44</u>	<u>-65.919,42</u>

## **Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg**

### **Anhang für das Geschäftsjahr 2023**

#### **Allgemeine Hinweise**

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Stendal unter der Nummer HRB 108942 eingetragen.

Die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB.

Der Abschluss für das Geschäftsjahr 2023 ist aufgrund gesellschaftsvertraglicher Regelung nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften und den Anregungen des Handbuchs für das Beteiligungsmanagement des Landes Sachsen-Anhalt (Beteiligungshandbuch) aufgestellt. Für die Offenlegung wird von den Erleichterungen für kleine Kapitalgesellschaften nach § 326 HGB kein Gebrauch gemacht

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Soweit Angaben wahlweise in Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung oder Anhang vorzunehmen sind, werden die Angaben grundsätzlich im Anhang vorgenommen.

Der Jahresabschluss ist vor Ergebnisverwendung aufgestellt worden.

#### **Bilanzierung und Bewertung**

Das Anlagevermögen ist mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten und - soweit abnutzbar - abzüglich der planmäßigen Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer vorgenommen. Diese beträgt für die zur Vermietung vorgesehenen Softwarelizenzen und Betriebsausstattungen zwischen 7 und 10 Jahren und für die übrige Geschäftsausstattung zwischen 3 und 13 Jahren. Geringwertige bewegliche Anlagegüter werden mit Einzelanschaffungskosten bis EUR 800 im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

Von der degressiven Abschreibungsmethode wurde kein Gebrauch gemacht.

Die Beteiligung ist zu Anschaffungskosten bilanziert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit ihren Nennbeträgen und unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet.

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind mit ihren Nominalbeträgen angesetzt.

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden anteilige Ausgaben aus der Zeit vor dem Abschlussstichtag, die Aufwendungen für Folgejahre darstellen, abgegrenzt.

Das gezeichnete Kapital ist zum Nennbetrag angesetzt.

Die Rücklagen sind zum Nennwert bewertet.

Im Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen werden die Investitionszuschüsse erfasst und über die Nutzungsdauer der betreffenden Vermögensgegenstände abgegrenzt und ertragswirksam vereinnahmt.

Die Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Betrages angesetzt, der zur Erfüllung der Verpflichtungen notwendig ist.

Die Rückstellung für Aufbewahrungskosten wird mit dem jahresbezogenen abgezinsten Erfüllungsbetrag passiviert.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden mit den anteiligen Einnahmen aus der Zeit vor dem Abschlussstichtag, die Erträge für Folgejahre darstellen, bewertet.

Unter der Bilanz wird als Treuhandvermögen/-verbindlichkeiten das für den Gesellschafter Land Sachsen-Anhalt treuhänderisch verwaltete Vermögen ausgewiesen.

Zuschüsse zu Aufwendungen werden direkt erfolgswirksam vereinnahmt.

## **Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung**

### Anlagevermögen

Die Anlagenentwicklung geht aus dem Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) hervor.

### Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen gegen den Treuhandbereich (Gesellschafter) bestehen in Höhe von TEUR 0,5. Diese beinhalten nur sonstige Vermögensgegenstände. Im Vorjahr betragen die Forderungen an den Treuhandbereich (Gesellschafter) insgesamt TEUR 0,2.

Gegen den Gesellschafter bestehen sonstige Forderungen in Höhe von TEUR 524,0 (Vorjahr TEUR 544,4). Diese sonstigen Vermögensgegenstände sind zum einen noch nicht vereinnahmte Zuschüsse, für die ein Anspruch für den Ausgleich der Verbindlichkeiten für noch nicht gezahlte Rechnungen in gleicher Höhe von TEUR 516,6 im Vermietungsgeschäft besteht und zum anderen zu gering abgeforderten Zuschüssen im Bereich der Landes- und Forschungsprojekte in Höhe von TEUR 7,1. Gegen den Bund und die EU bestehen Forderungen in Höhe von TEUR 0,3 für sonstigen Forderungen für Forschungsprojekte.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind in Höhe von TEUR 37 Posten ausgewiesen, die erst nach dem Abschlussstichtag rechtlich entstehen (antizipative Abgrenzungsposten). Hierbei handelt es sich um noch nicht abziehbare Vorsteuer.

Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

### Latente Steuern

Die sich aus temporären Differenzen des Anlagevermögens, sonstige Rückstellungen und steuerlichen Verlustvorträgen ergebenden aktiven latenten Steuern übersteigen die passiven latenten Steuern, welche aus temporären Differenzen beim Sachanlagevermögen und dem Sonderposten resultieren. Sie wurden bei den Steuerbilanzabweichungen mit 31,575 % und den Verlustvorträgen mit 16,825 % (Körperschaftsteuer) bzw. 15,750 % (Gewerbsteuer) bewertet.

Vom Wahlrecht zur Aktivierung latenter Steuern wird kein Gebrauch gemacht.

### Eigenkapital

Das voll eingezahlte Stammkapital beträgt TEUR 511,3. Die ausgewiesene Gewinnrücklage in Höhe von TEUR 159,1 ist durch Einstellung von Gewinnen früherer Jahre entstanden.

#### Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Der Bilanzposten wurde auf der Grundlage des § 265 Abs. 5 HGB eingefügt. Der Posten beinhaltet erhaltene Investitionszuschüsse und dient der Darstellung der tatsächlichen Vermögensstruktur. Die Auflösung erfolgt im Verhältnis der Jahresabschreibung der begünstigten Wirtschaftsgüter.

Eine Gewerbesteuerückstellung besteht in Höhe von TEUR 25,6, sowie eine Körperschaftssteuerückstellung in Höhe von TEUR 1,1.

#### Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen u. a. Rückstellungen aus ausstehenden Rechnungen der IVU Traffic Technologies AG (TEUR 333,2), Tantiemeansprüche für den Geschäftsführer (TEUR 10), Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub (TEUR 105,7), Rückstellungen für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (TEUR 38,7), Rückstellung für die Nachzahlung der Betriebskostenabrechnung für die Mietfläche für 2022 (TEUR 36,9), Rückstellungen für die Ausgleichsabgabe (TEUR 2,4) und die Abschlusskosten (TEUR 17,7).

#### Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Für Verbindlichkeiten sind keine Sicherheiten bestellt.

Es bestehen sonstige Verbindlichkeiten gegen den Treuhandbereich (Gesellschafter) in Höhe von TEUR 18,1 (Vorjahr TEUR 4,8). Gegenüber dem Gesellschafter sind weitere Verbindlichkeiten unter den sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 54,1 (Vorjahr TEUR 107,7) ausgewiesen. Es handelt sich hierbei um Verbindlichkeiten aus der Rückzahlung von nicht benötigten Mitteln für die Umsetzung des Vermietgeschäftes.

Es gibt außerdem Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der Firma IVU Traffic Technologies AG in Höhe von TEUR 218,1, welche zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht ausgeglichen sind.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von TEUR 70,8 (Vorjahr TEUR 66,7) bzw. im Rahmen der sozialen Sicherheit in Höhe von TEUR 7,7 (Vorjahr TEUR 7,3) enthalten.

Die Umsatzerlöse erzielt die Gesellschaft in Höhe von TEUR 6.275 aus der Geschäftsbesorgung für das Land Sachsen-Anhalt. Des Weiteren wurden Erlöse durch die Einnahmen aus dem Vermietgeschäft (TEUR 555,9) und Einnahmen aus der Bereitstellung von URL-Links für Tafelmonitore (EUR 8,1), sowie Einnahmen aus der Verwaltung technischer Denkmäler (TEUR 18,6) erzielt. Der Rest betrifft sonstige Umsätze.

#### Sonstige betriebliche Erträge

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Wesentlichen die Einnahmen aus der Erstattung für Landes- und EU-Forschungsprojekte (TEUR 388,9) und Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (TEUR 471,0) enthalten. Weiterhin sind Ertragszuschüsse TEUR 19,8, Zuschüsse vom Integrationsamt in Höhe von TEUR 5,3 und weitere sonstige betriebliche Erträge in Höhe von TEUR 0,5 enthalten.

#### Sonstige neutrale Erträge

Zu den sonstigen neutralen Erträgen sind u.a. periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 1,7 und Erstattungen aus dem Aufwendungsausgleichsgesetz (im Zusammenhang mit dem Mutterschutz) in Höhe von TEUR 24,6 zugeordnet.

Die periodenfremden Erträge beinhalten die Erstattung aus Versicherungsbeiträgen des Kommunalen Schadensausgleichs für 2022 und doppelt erfasste Buchungen in 2022.

#### Aufwendungen für bezogene Leistungen

Die laufenden Kosten aus dem Vermietgeschäft (TEUR 206,3) werden nach dem BilRUG den Aufwendungen für bezogene Leistungen zugeordnet.

#### Personalaufwand

In den Personalaufwendungen sind Aufwendungen für die Altersversorgung von TEUR 71,7 (Vorjahr: TEUR 65,4) enthalten.

#### Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten für Miet- und Mietnebenkosten inkl. Leasingkosten (TEUR 366,0), Fort- und Weiterbildungskosten (TEUR 108,9), Aufwendungen für Lizenzen (TEUR 47,4), Aufwendungen für Daten- und Tarifverträge/Telefon (TEUR 19,3) und periodenfremde Aufwendungen (TEUR 0,3) enthalten.

#### **Sonstige Angaben/Organe**

##### Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Finanzielle Verpflichtungen bestehen aus Miet- und Leasingverträgen für das Folgejahr in Höhe von TEUR 341,0. Sonstige finanzielle Verpflichtung über einem Jahr bestehen in Höhe von TEUR 51,5 für weitere Leasingverträge wie für die Wasserspender, Dienstwagen und Drucker.

##### Honorar des Abschlussprüfers

Das Honorar des Abschlussprüfers beträgt für das Berichtsjahr insgesamt TEUR 10,0 und betrifft Abschlussprüfungsleistungen.

##### Beschäftigte

Im Berichtsjahr waren im Unternehmen ohne den Geschäftsführer durchschnittlich 74 Stammkräfte, 1 Auszubildende und 14 projektbezogene, befristete Angestellte sowie studentische Hilfskräfte tätig.

	<b>Anzahl</b>
Stabstellen	25
Verkehr und Infrastruktur	33
Information und Technik	32
Summe	90
davon Geschäftsführer	1
davon Auszubildende	1

<b>Beschäftigte (Anzahl)</b>	<b>90</b>
davon:	
Frauen	39
Männer	51
Schwerbehinderte	2
Teilzeitbeschäftigte	19

##### Geschäftsführung

Zum Geschäftsführer ist Herr Dipl.-Ing. Peter Panitz bestellt.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen für das Wirtschaftsjahr TEUR 121,7. Davon entfallen TEUR 102 auf die Grundvergütung, TEUR 10 Tantieme und TEUR 9,6 auf sonstigen geldwerten Vorteil für Aufwendungen für die Altersversorgung. Darüber hinaus wurden Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung gezahlt.

Herrn Dipl.-Ing. Sebastian Schmerbeck ist als Geschäftsbereichsleiter Einzelprokura erteilt.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsbereichsleitung betragen für das Wirtschaftsjahr TEUR 101,1 Davon entfallen TEUR 99,6 auf die Grundvergütung und TEUR 1,5 auf sonstigen geldwerten Vorteil für Aufwendungen für die Altersversorgung. Darüber hinaus wurden Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung gezahlt.

Herrn Diplom-Ing. (FH) Andy Neuschulz ist als Geschäftsbereichsleiter Einzelprokura erteilt.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsbereichsleitung betragen für das Wirtschaftsjahr TEUR 99,7. Davon entfallen TEUR 98,6 auf die Grundvergütung und TEUR 1,1 auf sonstigen geldwerten Vorteil für Aufwendungen für die Altersversorgung. Darüber hinaus wurden Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung gezahlt.

#### Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehören die folgenden Damen und Herren an:

Sven Haller, Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt (Vorsitzender)

Hartmut Handschak, Landrat Landkreis Saalekreis (stv. Vorsitzender)

Dr. Lutz Trümper, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg a.D. (stv. Vorsitzender) (bis 10.04.2023)

Jörg Rehbaum, Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Magdeburg (ab 11.04.2023)

Astrid Winkelmann, Angestellte im Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt

Antje Bauer, Geschäftsführerin IHK Halle-Dessau

Elke Zawatzki, in der Funktion der Referentin im Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt

Gesa Kupferschmidt, Ministerialrätin im Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt

Matthias Stübiger, Regierungsdirektor im Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt

Julien Schneider, Geschäftsstellenleiter Magdeburg der Eisenbahn und Verkehrsgewerkschaft

Bezüge oder Aufwandsentschädigungen erhält der Aufsichtsrat satzungsgemäß nicht.

#### Verkehrspolitische Fachbeirat des Aufsichtsrats der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH

Dem Fachbeirat gehören die folgenden Damen und Herren an:

Herr Staatssekretär Sven Haller, Vorsitzender des Aufsichtsrates der NASA GmbH

Herr MdL Sven Czekalla, CDU

Herr MdL Dr. Falko Grube, SPD

Frau MdL Cornelia Lüddemann, Bündnis 90/Die Grünen

Herr MdL Guido Henke, DIE LINKE

Herr MdL Matthias Büttner, AFD

Frau MdL Kathrin Tarricone, FDP

Bezüge oder Aufwandsentschädigungen erhält der Fachbeirat gemäß Geschäftsordnung nicht.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Jahresfehlbetrag von 2023 in Höhe von EUR 121.760,44 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Magdeburg, 27.05.2024

Peter Panitz  
- Geschäftsführer -

Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH  
Anlagespiegel für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023

	Stand am 01.01.2023 EUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Stand am 31.12.2023 EUR	Stand am 01.01.2023 EUR	Abschreibungen		Stand am 31.12.2023 EUR	Buchwerte	
		Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR			Zugänge EUR	Abgänge EUR		Stand am 31.12.2023 EUR	Stand am 31.12.2022 EUR
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>											
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.192.978,64	28.936,06	0,00	0,00	1.221.914,70	967.390,64	35.826,06	0,00	1.003.216,70	218.698,00	225.588,00
<b>II. Sachanlagen</b>											
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.979.478,17	181.364,31	125.818,39	131.929,99	6.166.954,08	3.230.946,17	663.845,30	125.708,39	3.769.083,08	2.397.871,00	2.748.532,00
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	26.386,00	105.543,99	0,00	-131.929,99	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26.386,00
	6.005.864,17	286.908,30	125.818,39	0,00	6.166.954,08	3.230.946,17	663.845,30	125.708,39	3.769.083,08	2.397.871,00	2.774.918,00
<b>III. Finanzanlagen</b>											
Beteiligungen	4.400,01	0,00	0,00	0,00	4.400,01	0,00	0,00	0,00	0,00	4.400,01	4.400,01
	<b>7.203.242,82</b>	<b>315.844,36</b>	<b>125.818,39</b>	<b>0,00</b>	<b>7.393.268,79</b>	<b>4.198.336,81</b>	<b>699.671,36</b>	<b>125.708,39</b>	<b>4.772.299,78</b>	<b>2.620.969,01</b>	<b>3.004.906,01</b>

## Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH

### Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

#### I. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die NASA GmbH erbringt für das Land Sachsen-Anhalt nach Maßgabe eines Geschäftsbesorgungs- und Treuhandvertrages Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Im Rahmen des über jeweilige Wirtschaftspläne per Jahresanfang zu definierenden Aufwandes, erstattet der Auftraggeber (Land Sachsen-Anhalt) der NASA GmbH den geplanten Aufwand nach Rechnungsstellung.

Die unter II. 3. genannten Aufgaben aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag und dem dazugehörigen Betrauungsvertrag sind der NASA GmbH übertragen und deren finanzielle Abwicklung erfolgt über den Treuhandbereich.

#### II. Ertragslage

##### 1. Jahresergebnis

Die **Umsatzerlöse** in Höhe von TEUR 6.858 (Vorjahr TEUR 6.129) berücksichtigen Erlöse aus den Dienstleistungen nach dem ÖPNV-Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt in Höhe von TEUR 6.294 (Vorjahr TEUR 5.525). Des Weiteren sind alle Erlöse aus Verkäufen, der Vermietung oder Verpachtung von Produkten, Gegenständen, Anlagen und sonstigem Eigentum sowie aus der Erbringung von jedweden Dienstleistungen enthalten.

Unter Berücksichtigung von neutralen Posten (TEUR 27) stehen den betrieblichen Erträgen (TEUR 7.772) ebensolche Aufwendungen in Höhe von TEUR 7.934 gegenüber, sodass ein Betriebsergebnis von TEUR -162 (im Vorjahr TEUR -92) entsteht. Den hohen Abschreibungen stehen entsprechend höhere Erträge in Höhe von TEUR 471 aus der Auflösung des Sonderpostens aus dem Vermietgeschäft gegenüber. Nach Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses (TEUR 27) und des Abzugs der Steuern aus dem Einkommen und Ertrag weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von TEUR 122 aus.

##### 2. Personalentwicklung

Der Stellenplan der NASA GmbH war gegenüber dem Vorjahr zahlenmäßig größer (um 7 Stellen). Im Wirtschaftsplan waren 102 Stellen und 2 Stellen für Azubi geplant, wobei 12 Stellen zum Stichtag nicht besetzt waren. Im Jahr 2023 waren somit 92 Planstellen (inkl. Geschäftsführer und Azubi) besetzt, davon beziehen sich 10 Stellen auf befristete Projekte.

Die Beschäftigung von Mitarbeitern mit befristet projektbezogenen Verträgen wurde mit Blick auf die befristeten Forschungsprojekte fortgesetzt bzw. neu geschlossen.

Im Jahr 2023 waren eine Auszubildende zur Kauffrau für Büromanagement bei der NASA GmbH beschäftigt. Durch die intensive Ansprache von Studenten im Wege von Diplomarbeiten, Praktika und studentischen Aushilfstätigkeiten und nicht zuletzt durch regelmäßige Teilnahme an der Firmenkontaktmesse der TU Dresden und der Hierbleiben-Messe in Magdeburg konnten wiederum qualifizierte Nachwuchskräfte für die NASA GmbH gewonnen werden. Damit setzt die NASA GmbH – im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten – Signale, dass auch in unserer Region qualifizierte Arbeitskräfte eine attraktive berufliche Perspektive haben. Schließlich besteht durch die Beschäftigung der studentischen Hilfskräfte die Möglichkeit, Fragestellungen und Projekte vorbereitend strukturieren zu können und zeitintensive Routinetätigkeiten erledigen zu lassen.

Die tatsächlichen Personalaufwendungen sind im Jahr 2023 um TEUR 840 gestiegen. Ursache dafür sind zum einen die Neueinstellung von Mitarbeitern im Bereich Hightech Park (Großansiedlungen), Öffentlichkeitsarbeit, Strategie und Mobilitätsmanagement, Infrastruktur und Förderprogramme, Tarif, Vertrieb und Erlösmanagement, INSA und Kompetenzzentrum und zum anderen die Stufungen im angewandten Tarifvertrag (TV-L) sowie erhöhte Urlaubsrückstellungen.

### 3. *Auftragslage*

Eine Darstellung der Absatzlage nach den Kriterien Auftragseingang, Marktstellung und Wettbewerbsposition unterbleibt, weil die NASA GmbH als reine Managementgesellschaft des Landes Sachsen-Anhalt für die Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge nach dem ÖPNVG LSA für den Auftraggeber Land Sachsen-Anhalt konzipiert wurde und das Land Sachsen-Anhalt dementsprechend alleiniger Gesellschafter und Auftraggeber der NASA GmbH ist.

Folgende Aufgaben sind der NASA GmbH gem. Geschäftsbesorgungsvertrag und Betrauungsvertrag übertragen:

#### 1. Aufgaben aus der SPNV-Aufgabenträgerschaft

- Vergabe von Verkehrsverträgen
- Bestellung des Fahrplanes
- Qualitätsmanagement und Vertragsabrechnung inkl. Infrastrukturkosten und Einnahmemanagement in Bruttoverträgen
- Mitgestaltung des Vertriebs und der Kundenrechte
- Marktforschung (Messung und Prognose Verkehrsnachfrage, Kundenzufriedenheitsforschung, Erstellung Landesverkehrsprognose)
- Gestaltung von Sonderverkehren zu landespolitisch bedeutenden Ereignissen
- Bearbeitung von Bürgeranliegen und Durchführung der Bürgerbeteiligung bei der Fahrplanerstellung

#### 2. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

- Vorbereitung öffentlichkeitswirksamer Termine des Ministeriums
- Wahrnehmung öffentlichkeitswirksamer Termine in Abstimmung mit dem Ministerium
- Mobilitätsarbeit mit Senioren
- Schüler in Bahn und Bus (Schulprojekt)
- Betreuung des Internetauftritts der NASA
- Betreuung der Dachmarke des ÖPNV LSA
- Betreuung der Fahrgastbeiräte
- ÖPNV/SPNV - Fahrplankarten

#### 3. Gemeinsames Marketingprogramm mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen

#### 4. Marketingzusammenarbeit mit

- Landesmarketinggesellschaft
- Landesenergieagentur (LENA)
- Deutsches Jugendherbergswerk
- Landesverkehrswacht/örtliche Verkehrswachten
- Sporteinrichtungen

5. Bearbeitung von Fragen der Empfangsgebäude einschließlich Umsetzung des Programms REVITA
6. Vorbereitung und Einführung des e-Ticketing (einschl. easy.go)
7. Vollzug des Schnittstellenprogramms
8. Erarbeitung und Vollzug der Rahmenvereinbarung zum Bahnhofsprogramm
9. Fachliche Abstimmung des ÖPNV-Investitionsprogramms
10. Betreuung des Pendlerportals des Landes (ÖV/IV)
11. Erwerb und Vermietung von Investitionsgütern im ÖPNV in Land Sachsen-Anhalt (u. a. Fahrscheindrucker, Bordrechner, Entwerter, mobile Fahrausweisverkaufstechnik, Fahrgastinformativanzeigen)
12. Fachliche Begleitung von Forschungsprogrammen
13. Betreuung des IVS-Rahmenplans
14. Fachliche Begleitung des Projektes Verkehrslage Mitteldeutschland einschließlich Aufbau und Betrieb des Mobilitätsportals für das Land Sachsen-Anhalt
15. Fachliche Begleitung bei Maßnahmen zur Streckeninfrastruktur
16. Beratung des Ministeriums zu Fragen der gesamten Infrastruktur
17. Qualitätskontrolle und Kontrolle zur Vermeidung von Überkompensationen, insbesondere hinsichtlich
  - Stations- und Trassenpreisbildungen und
  - Verkehrsverträgen
18. Beratung des Ministeriums bei der ÖPNV-Verkehrsplanung und bei der Entwicklung des Schienenpersonenfernverkehrs
19. Träger öffentlicher Belange im ÖPNV
20. Geschäftsstelle des SPNV-Beirats
21. Fahrplanabstimmung mit den Nachbaraufgabenträgern des SPNV
22. Abstimmung mit den Trägern des ÖSPV
23. Stellungnahmen zu Nahverkehrsplänen der Aufgabenträger
24. Stellungnahmen zu Linienverkehrsgenehmigungen nach PBefG
25. Aufbau und Betrieb von Leit- und Dispositionssystemen (u. a. Rufbusdisposition über das INSA-CallCenter)
26. Vollzug der deutschlandweiten Auskunft DELFI (administrativ und technisch)
27. Gesellschafter bei der MDV GmbH
28. Vorbereitung und Betreuung von Tarifkooperationen und Verkehrsverbänden (fachlich, finanziell)
29. Vollzug von Sonderaktionen auf Weisung des Ministeriums, z.B. Schülerferienticket; Förderung Technische Denkmäler
30. Abwägungsreife Erarbeitung und Durchführung des ÖPNV-Planes / Gestaltung und Optimierung des ÖPNV-Landesnetzes
31. Betreuung und Finanzierung des ÖPNV Landesnetzes
32. Übernahme von landesbedeutsamen Aufgaben zur Stärkung des Umweltbundes (u.a. Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur in Sachsen-Anhalt; Bewilligungen dazu)

33. Übernahme von Aufgaben des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleausstieg (z. B. als Bewilligungsstelle nach Landesrichtlinie „Sachsen-Anhalt Revier 2038“)
34. Umsetzung von ÖPNV-bezogenen und intermodalen Maßnahmen des Landes gemäß IVS-Rahmenplan Sachsen-Anhalt (IVS-Maßnahmenträger) einschließlich der Umsetzung von IVS-Förderprogrammen sowie Unterstützung der öffentlichen Hand, der Wirtschaft und Wissenschaft bei der Umsetzung von Maßnahmen in den Bereichen IVS, Elektromobilität und Logistik
35. Unterstützung von Kommunen und großen Verkehrserzeugern bei einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung und Attraktivierung des Umweltverbundes, u.a. durch Aktivitäten zum Mobilitäts- und Verkehrssystemmanagement
36. Unterstützung, Beratung und Übernahme von Aufgaben des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen der Etablierung eines nachhaltigen Schienengüterverkehrs (SGV)

### **III. Finanzlage**

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit betrug im Geschäftsjahr TEUR -303 (Vorjahr TEUR -176). Im Jahr 2023 erfolgten weitere Investition im Vermietgeschäft. Die Finanzierung der Investitionen für das Vermietgeschäft erfolgte über Zuschüsse des Landes. Dieser Mittelzufluss führte zu einer entsprechenden Erhöhung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse. Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft zum 31.12.2023 betrug TEUR 909, gegenüber TEUR 846 zum Vorjahresstichtag. Die flüssigen Mittel sind in kurzfristig verfügbaren Bankguthaben angelegt. Der Liquidität steht kurzfristig fälliges Fremdkapital in Höhe von TEUR 1.122 gegenüber, so dass die Finanzlage der Gesellschaft unter Berücksichtigung vorhandener kurzfristiger Forderungen (TEUR 750) als geordnet bezeichnet werden kann.

### **IV. Vermögenslage**

Die Bilanzsumme der Gesellschaft sinkt 2023 auf TEUR 4.353 (Vorjahr TEUR 4.781). Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme verringert sich durch den gesunkenen Eigenanteil und der gesunkenen Bilanzsumme von 21 % auf 20 %. Das Umlaufvermögen besteht mit TEUR 1.659 überwiegend aus den flüssigen Mitteln (TEUR 909). Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 60 % (Vorjahr 63 %). Das Anlagevermögen der NASA GmbH umfasst seit 2010 neben der für einen Geschäftsbetrieb dieser Art üblichen Büro- und Geschäftsausstattung die zur Vermietung an Verkehrsunternehmen vorgehaltene Technik. Zum Bilanzstichtag 31.12.2023 war das Anlagevermögen durch Zuschüsse und Eigenkapital ausreichend langfristig finanziert. Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Das Treuhandvermögen/-verbindlichkeiten wird getrennt vom Vermögen der NASA GmbH gehalten und ist unter dem Bilanzstrich ausgewiesen.

### **V. Risiken und Chancen**

Es bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken, da die Finanzierung der Maßnahmen der Gesellschaft gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag durch das Land Sachsen-Anhalt im vorgegebenen Rahmen des Wirtschaftsplanes gewährleistet wird. Im Übrigen sind Risiken und Chancen für das Aufgabenfeld der Gesellschaft grundsätzlich im Zusammenhang mit deren Einbindung in die Verkehrspolitik des Landes und des Bundes zu sehen. Die für die Bereitstellung von ÖPNV-Leistungen erforderlichen Regionalisierungsmittel des Bundes wurden mit der Neufassung des Regionalisierungsgesetzes (RegG) zum Jahr 2016 neu festgesetzt und seitdem mit mehreren Änderungen, teilweise im Zusammenhang mit der Pandemie, dem 9-Euro-Ticket und dem Deutschlandticket erhöht.

Dabei hat sich die Volatilität der möglichen Mittelquellen und die zwischenzeitlich eintretenden Veränderungen aufgrund der Änderungen des RegG mit Blick auf „normale“ Mittelzuweisungen

sowie auf Mittel für die Corona-Rettungsschirme, für das 9-Euro-Ticket sowie für das Deutschlandticket massiv geändert. Der Befassungsaufwand dafür ist sowohl mit Blick auf die notwendige Bearbeitungskapazität als auch auf den fachlichen Anspruch deutlich gestiegen.

Auch das Jahr 2023 war wiederum von externen Einflussfaktoren auf die Qualität des SPNV geprägt. Dies betrafen insbesondere etliche große Baumaßnahmen, den Austausch von Schadschwellen im gesamten Netz, die mangelnde Stellwerksbesetzung bei der DB InfraGO (bis 31.12.2023 DB Netz AG) sowie den anhaltenden Personalmangel bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen. Darüber hinaus führte die Einführung des Deutschlandtickets zu einer erheblichen Nachfragesteigerung und entsprechendem Nachsteuerungsbedarf bzgl. der eingesetzten Kapazitäten.

Bei den SPNV-Verkehrsverträgen ist wiederum festzustellen, dass die Befassungsintensität mit der notwendigen Hinterlegung diverser Kostenindexierungen, deren Kalkulation und deren Überprüfung deutlich zunimmt. Parallel muss die Bearbeitung von Minderungen aus Qualitätsstörungen aufgrund veränderter Rahmenbedingungen mit einem größeren Aufwand verfolgt werden. Schließlich müssen auch hier deutlich größere Aufwendungen für die Bearbeitungen der diversen Rettungsschirme sowie kaufmännischer Fragestellungen hinsichtlich notwendiger Risikoverteilungen hinterlegt werden. Hierfür konnte im Jahr 2023 die Stelle „Business Controlling“ in der Abteilung Verkehrsverträge und Vergaben besetzt werden.

Die sonderangebotsbedingten Defizite aus der geringeren Nachfrage konnten innerhalb des Treuhandgeschäftes der NASA GmbH durch den von Bund und Land ausgestalteten Rettungsschirm weitgehend ausgeglichen werden. Allerdings sind die damit verbundenen verwaltungsseitigen Aufwände beim Personaleinsatz hoch und verdrängen andere wichtige Aufgaben.

Mit Blick auf die tatsächliche Rolle der NASA GmbH als kritische Infrastruktur bzw. einer ggf. von außen wahrgenommenen noch höheren Bedeutung, besteht ein hohes Risiko eines externen Angriffs auf die digitale Infrastruktur der NASA GmbH. Dies betrifft sowohl die IT für die unternehmensinterne Datenhaltung und Kommunikation als auch die IT für das gesamte INSA-System inkl. seiner Steuerung externer Anlagen bis hin zu digitaler Betriebssteuerungs- und Verkaufsinfrastruktur der Verkehrsunternehmen. Die NASA GmbH hat hierfür im Jahr 2023 ein Cyber-Security-Konzept aufgestellt, welches diverse Maßnahmen enthält.

Im Zusammenhang mit der Konzipierung einer Nachhaltigkeitsstrategie für die NASA GmbH wurde insbesondere der Fachkräftemangel als eine zentrale Herausforderung identifiziert. Das in 2023 konzipierte „Maßnahmenkonzept zur Steigerung der Attraktivität der NASA GmbH als moderner Arbeitgeber insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels“ benennt diverse Gegenmaßnahmen, die nun entsprechend umgesetzt werden.

Identifizierbar sind im Jahr 2023 darüber hinaus Kostensteigerungen durch die Inflation in verschiedensten Bereichen, sowohl auf verkehrsplannerischer als auch auf organisatorischer sowie Software-Seite.

Die Mitarbeitenden der NASA GmbH sowie der Wertschöpfungskette waren mit regionalen, klimatischen Bedingungen in der Umwelt (beispielsweise Hitze) konfrontiert, jedoch waren diese handhabbar. In Bezug zur Ressourcenknappheit mussten keine massiven Defizite verzeichnet werden, allerdings erschwerte dieser Aspekt zunehmend die Termingerechtigkeit. Neue Anforderungen in der Gesetzgebung konnten im Jahr 2023 über die juristische Begleitung hinreichend bewältigt werden. Ab 2024 wird die NASA GmbH Maßnahmen zur Vorbeugung in diesen und weiteren Bereichen in der Nachhaltigkeitsstrategie verankern.

Die aufgetretenen Probleme hatten keinen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der GmbH.

Weitere Geschäftsvorfälle mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nach Ablauf des Geschäftsjahres 2023 bis heute nicht eingetreten.

## VI. Prognosebericht

Der zu erwartende Umsatz für das Folgejahr beträgt TEUR 8.155. Umsatz und Ergebnis für das Geschäftsjahr 2024 wurden auf Grundlage der bekannten Größen aus dem Geschäftsjahres 2023 sowie Tarif- und Vertragsanpassungen geplant. Es wird ein ausgeglichenes Ergebnis prognostiziert. Des Weiteren wurden höherer Personalbedarf sowie die daraus resultierenden Mehrkosten für Sachaufwendungen auf Basis des weiterwachsenden Aufgabenumfanges berücksichtigt. Der ursprünglich im Jahr 2022 für das Jahr 2023 geplante Umsatz in Höhe von TEUR 7.521 wurde auf TEUR 6.870 reduziert. Die angepassten Umsatzziele für das Jahr 2023 wurden mit TEUR 6.858 leicht unterschritten.

Für das Geschäftsjahr 2024 ist neben der laufenden Fahrplanarbeit und der Arbeit beim Management der Verkehrsverträge sowie der Abwicklung der Förderprogramme schwerpunktmäßig geplant

- Fortsetzung des Umsetzungsprozesses für die Leitprojekte des ÖPNV-Plans;
- Begleitung des Betriebsaufnahmeprozesses des Dieselnetzes Sachsen-Anhalt (DISA);
- Federführende Neuvergabe für das Elektronetz Nord Magdeburg (ENORM);
- Begleitung des Betriebsaufnahmeprozesses des Mitteldeutschen S-Bahn Netzes 2025+;
- Entwicklung einer Strategie für alternative, emissionsärmere Antriebe der DISA-Flotte inkl. Migrationsstrategie;
- Vergabe einer Studie zur Untersuchung der Umsetzung automatisierten Fahrens im SPNV in Fortführung des Umsetzungskonzeptes;
- Umsetzung der Ergebnisse der Studie der verkehrlichen Anbindung des neu zu errichtenden High-Tech-Parks (Vorlaufbetrieb);
- Die Umsetzung des ÖPNV-Investprogramms; hier u. a. auch mit der Neuaufnahme bedeutender Empfangsgebäude in das REVITA-Programm (Schönebeck, Gardelegen, Zerbst);
- die Umsetzung der Ergebnisse der Evaluation des ÖPNV-Landesnetzes (Teil Bus) mit den betroffenen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen voranzutreiben;
- das Projekt Deutschland-Ticket weiter zu begleiten mit intensiven Aufgaben bei der Gestaltung des Einnahmeaufteilungsverfahrens, bei der Bereitstellung eines elektronischen Bestellformulars und der INSA-D-Ticket-App für Verkehrsunternehmen und bei der Schaffung zusätzlicher Kapazitäten im Verkehr;
- Übernahme von Billigkeitsleistungen im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket für den ÖSPV;
- die Projekte des gemeinsamen Bahnhofsprogramms mit der DB Station&Service AG für den Zeitraum 2022-2027 weiter umzusetzen;
- Begleitung des Projektes Digitale Schiene Deutschland (DSD) und Begleitung Einführung ETCS sowohl infrastruktur- als auch fahrzeugseitig;
- Durchsetzung von Rückforderungsansprüchen wegen rechtswidrig erhobener Infrastruktur-Benutzungsentgelte;
- Umsetzung von Schienenprojekten des InvKG in Zusammenarbeit mit der DB AG (z.B. EG Bitterfeld, Ausbau Leipzig – Zeitz – Gera, Kurve Großkorbetha)
- Umsetzung von ÖPNV-Projekten aus dem Landesarm des InvKG (Lesebahnhof Zerbst, Umfeldgestaltung Bahnhof Bitterfeld)
- Vorbereitung Generalsanierung Hochleistungskorridore;

- die Vorbereitung von Ausbaumaßnahmen im Schienennetz der DB Netz AG, insbesondere im Regionalnetz (u. a. Strecken Naumburg – Nebra, Oebisfelde – Glindenberg, Magdeburg – Halberstadt, Köthen – Dessau);
- laufender Betrieb und Weiterentwicklung des landesweiten Nahverkehrs-Informationssystems „INSA“ (verfügbar als Webseite und als App: Fahrplanauskunft, Tarifauskunft, Fahrzeitprognosen, Störungsmeldungen) einschließlich Betrieb und Erweiterung des Hintergrundsystems für die MOOVME-App im MDV;
- Betreuung des Vermietmodells für Fahrscheindrucker/Bordrechner und Regio-DFI sowie der erforderlichen Hintergrundsysteme (insbesondere Abschluss des Folgeprojektes „Fahrscheindrucker/ Bordrechner“ mit dem Lieferanten IVU);
- Umsetzung des IVS-Rahmenplans 2018-2030 für das Land Sachsen-Anhalt;
- Produktivbetrieb und Weiterentwicklung des Mobilitätsportals für das Land Sachsen-Anhalt;
- Begleitung von Verkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt bei der Einführung von Elektrobus-Systemen;
- Abschluss der Forschungs- und Entwicklungsvorhaben DELTa und OPENER next;
- Fortführung des Aufbaus eines eTicketing-Systems für das Land Sachsen-Anhalt in enger Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen und den Verbänden marego und MDV;
- Erweiterung der Funktionalitäten der Software für die Buchung flexibler Bedienformen;
- Erweiterung der Tarifauskunft in INSA um die Tarife der regionalen Verkehrsunternehmen;
- Wahrnehmung der Aufgaben des Kompetenzzentrums Intelligente Verkehrssysteme, Logistik, Grüne Mobilität des Landes Sachsen-Anhalt;
- Beschaffung einer weiteren Standard-DFI für die ÖPNV-Schnittstelle am Bahnhof Magdeburg-Neustadt;
- Ausbau und Weiterentwicklung der deutschlandweiten Fahrplanauskunft DELFI;
- Vorbereitung der Neuvergabe des Landes-Regio-RBL;
- Entwicklung einer neuen INSA-App durch die NASA-IT
- Fortführung der Kooperation mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg zur Netzwerk-Initiative Intelligente Mobilität (NIIMO);
- Abschluss einer vergleichenden Studie zum Einsatz von Linienbussen mit alternativen Antrieben in Sachsen-Anhalt und deren spezifischer Infrastruktur zur Energieversorgung;
- Erarbeitung eines Umsetzungskonzeptes für autonomes Fahren im ÖSPV
- Intensivierung der Abarbeitung der Aufgaben des Fachzentrums für moderne Mobilität mit der Beratung der Kommunen sowie mit Teilprojekten insbesondere im Carsharing und mit Blick auf ein digitales Schließsystem für Fahrradabstellanlagen
- Weitere Umsetzung der Leistungen aus der Fahrgastkommunikation für die Dachmarken Mein-Takt und INSA.

Die bereits in den vergangenen Jahren gestiegenen Kosten im Personal- und Energiebereich erfahren aktuell infolge der weltwirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine noch einmal eine deutliche Steigerung im Energiebereich.

Darüber hinaus ist auch kriegsbedingt mit Engpässen in der Materialversorgung der SPNV-Unternehmen zu rechnen.

Die gestiegenen Personal- und Energiekosten erhöhen den Zuschussbedarf im SPNV deutlich. Diese können teilweise mittels der vom Bund gesteigerten RegG-Mittel ausgeglichen werden, die Länder haben vom Bund aber eine weitere Anhebung gefordert.

Käme dies nicht zustande, müsste zunächst auf bezüglich ihrer Verwendung bereits verplante Haushaltsreste zurückgegriffen werden, was langfristig dann zu Leistungskürzungen führen dürfte.

Magdeburg, 27.05.2024

Peter Panitz  
- Geschäftsführer -

## Rechtliche Verhältnisse

Firma:	Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH
Sitz:	Magdeburg
Rechtsform:	GmbH
Gesellschaftsvertrag:	Vom 18. September 1995 in der Fassung vom 11. Januar 2023
Handelsregister:	Amtsgericht Stendal HR B 108942
Gegenstand des Unternehmens:	Die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) nach den gesetzlichen Grundlagen im Land Sachsen-Anhalt. Die Gesellschaft kann auch Dienstleistungen erbringen, die direkt oder indirekt der gesamthaften Betrachtung bzw. Vernetzung aller Landverkehre dienen. Nicht Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Betriebsleistungen im Bereich des ÖPNV.
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr
Gesellschafter und Kapitalverhältnisse:	Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt € 511.300,00. Es ist voll eingezahlt. Alleiniger Gesellschafter ist das Land Sachsen-Anhalt, vertreten durch das Ministerium der Finanzen.
Geschäftsführung und Vertretung:	Als Geschäftsführer ist bzw. war bestellt:  Peter Panitz, Dresden  Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt.  Einzelprokura ist Sebastian Schmerbeck, Leipzig, und Andy Neuschulz, Muldestausee, erteilt.

Aufsichtsrat:

Gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrags besteht der Aufsichtsrat aus bis zu neun Mitgliedern. Jeweils ein Mitglied des Aufsichtsrats wird vom für Verkehr zuständigen Ministerium, welches auch den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt, dem für Tourismus zuständigen Ministerium, dem für Umwelt zuständigen Ministerium sowie dem Ministerium der Finanzen vorgeschlagen.

Zwei Mandate werden für namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit Sach- und Fachkunde und zwei weitere Mandate für Vertreter aus dem Kreis der Kommunen oder ÖPNV-Zweckverbände vorgehalten.

Dem Aufsichtsrat gehören an:

Sven Haller	Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt (Vorsitzender)
Hartmut Handschak	Landrat Landkreis Saalekreis (stellvertretender Vorsitzender)
Dr. Lutz Trümper	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg a.D. (stellvertretender Vorsitzender) (bis 10. April 2023)
Jörg Rehbaum	Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung der Landeshauptstadt Magdeburg (seit 11. April 2023)
Astrid Winkelmann	Angestellte im Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt
Antje Bauer	Geschäftsführerin IHK Halle-Dessau
Elke Zawatzki	Referentin im Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt
Gesa Kupferschmidt	Ministerialrätin im Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt
Matthias Stübig	Regierungsdirektor im Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt
Julien Schneider	Geschäftsstellenleiter Magdeburg der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft

Im Berichtsjahr fanden fünf Aufsichtsratssitzungen statt.

Beirat:

Gemäß § 9 des Gesellschaftsvertrags kann der Aufsichtsrat einen Beirat bestellen. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 25. Januar 2016 wurde ein Beirat bestellt.

Im Berichtsjahr fanden insgesamt vier Beiratssitzungen statt.

Dem Beirat gehören an:

Herr Staatssekretär Sven Haller, Vorsitzender des Aufsichtsrates der NASA GmbH

Herr MdL Sven Czekalla, CDU

Herr MdL Dr. Falko Grube, SPD

Frau MdL Cornelia Lüddemann, Bündnis 90/Die Grünen

Herr MdL Guido Henke, DIE LINKE

Herr MdL Matthias Büttner, AFD

Frau MdL Kathrin Tarricone, FDP

Gesellschafterversammlungen  
und Vorjahresabschluss:

Im Berichtsjahr fanden sieben Gesellschafterversammlungen statt. Auf der Gesellschafterversammlung am 16. August 2023 wurde der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 festgestellt und der Geschäftsführung für das Jahr 2022 Entlastung erteilt.

Offenlegung:

Der Vorjahresabschluss und der dazugehörige Lagebericht sind am 1. April 2024 zur Offenlegung übermittelt worden.

Steuerliche Verhältnisse:

Die Gesellschaft wird unter der Steuernummer 102/105/11380 beim Finanzamt Magdeburg geführt. Die Steuererklärungen sind bis einschließlich 2021 veranlagt und für das Jahr 2022 beim Finanzamt eingereicht.

Wichtige Verträge:

Der Geschäftsbesorgungs- und Treuhandvertrag mit dem Land Sachsen-Anhalt besteht aktuell in der Fassung vom 20. Oktober 2011 auf Grundlage der LHO und des novellierten ÖPNV-Gesetzes. Nach §§ 1 und 2 des Geschäftsbesorgungsvertrags werden von der NASA GmbH die nach dem ÖPNVG LSA dem Land Sachsen-Anhalt zukommenden Aufgaben wahrgenommen sowie weitere Aufgaben im ÖPNV übernommen. Hierzu ist der Gesellschaft die Befugnis übertragen, Zuwendungen zum Zwecke der ordnungsgemäßen Erledigung der nach §§ 1 und 2 wahrzunehmenden Aufgaben nach Maßgabe besonderer Bestimmungen, im Rahmen der ihr zugewiesenen Mittel durch Verwaltungsakt oder öffentlich-rechtlichen Vertrag im eigenen Namen zu bewilligen (Beleihung).

Zur Erfüllung der Aufgaben werden der NASA GmbH Treuhandmittel zur Verfügung gestellt, die getrennt vom eigenen Vermögen zu führen und abzurechnen sind.

## Wirtschaftliche Kennzahlen

### 1. Vermögenslage

Nachfolgend haben wir zum Einblick in die Vermögenslage die Bilanz zum 31. Dezember 2023 nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufbereitet und den Vergleichszahlen des Vorjahres gegenüber gestellt.

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
<b>Vermögensstruktur</b>					
Anlagevermögen					
immaterielle Vermögensgegenstände	219	5,0	226	4,7	-7
Sachanlagen	2.398	55,1	2.775	58,0	-377
Finanzanlagen	4	0,1	4	0,1	0
<i>Langfristig gebundenes Vermögen</i>	<u>2.621</u>	<u>60,2</u>	<u>3.005</u>	<u>62,9</u>	<u>-384</u>
Umlaufvermögen					
Forderungen					
aus Lieferungen und Leistungen	1	0,0	84	1,8	-83
sonstige Vermögensgegenstände	749	17,2	749	15,7	0
flüssige Mittel	909	20,9	846	17,7	63
Rechnungsabgrenzungsposten	73	1,7	97	2,0	-24
<i>Kurzfristig gebundenes Vermögen</i>	<u>1.732</u>	<u>39,8</u>	<u>1.776</u>	<u>37,1</u>	<u>-44</u>
	<u>4.353</u>	<u>100,0</u>	<u>4.781</u>	<u>100,0</u>	<u>-428</u>
<b>Kapitalstruktur</b>					
Eigenmittel					
Gezeichnetes Kapital	511	11,7	511	10,7	0
Gewinnrücklage	159	3,6	159	3,3	0
Gewinnvortrag	338	7,8	404	8,4	-66
Jahresergebnis	-122	-2,8	-66	-1,4	-56
Sonderposten (70%)	1.614	37,1	1.871	39,1	-257
	<u>2.500</u>	<u>57,4</u>	<u>2.879</u>	<u>60,2</u>	<u>-379</u>
Langfristige Fremdmittel					
Sonderposten (30 %)	692	15,9	802	16,8	-110
Rückstellungen	39	0,9	39	0,8	0
	<u>731</u>	<u>16,8</u>	<u>841</u>	<u>17,6</u>	<u>-110</u>
<i>Langfristig gebundenes Kapital</i>	<u>3.231</u>	<u>74,2</u>	<u>3.720</u>	<u>77,8</u>	<u>-489</u>
Kurzfristiges Fremdkapital					
Rückstellungen	533	12,3	529	11,1	4
Verbindlichkeiten	549	12,6	484	10,1	65
Rechnungsabgrenzungsposten	40	0,9	48	1,0	-8
<i>Kurzfristig gebundenes Kapital</i>	<u>1.122</u>	<u>25,8</u>	<u>1.061</u>	<u>22,2</u>	<u>61</u>
	<u>4.353</u>	<u>100,0</u>	<u>4.781</u>	<u>100,0</u>	<u>-428</u>

## 2. Finanzlage

### Kapitalflussrechnung

Die nachstehende Kapitalflussrechnung stellt die Herkunft und die Verwendung von Finanzierungsmitteln dar. Für die Analyse der Mittelherkunft und der Mittelverwendung wurden die Kapitalflüsse nach den Bereichen Betriebs-, Finanzierungs- und Investitionstätigkeit unterschieden.

	2023 T€	2022 T€
Periodenergebnis (Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss)	-122	-66
+/- Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	+700	+632
+/- Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	+4	-285
- Auflösung Sonderposten	-471	-431
-/+ Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+178	+38
+/- Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+57	-14
+/- Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	-13	0
+/- Ertragsteueraufwand (+) / Ertragsteuerertrag (-)	0	0
-/+ Ertragsteuerzahlungen	-71	-8
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	<u>+262</u>	<u>-134</u>
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-29	-34
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-287	-142
+ Erhaltene Zinsen	<u>+13</u>	<u>0</u>
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	<u>-303</u>	<u>-176</u>
+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	<u>+104</u>	<u>+38</u>
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>+104</u>	<u>+38</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	<u>+63</u>	<u>-272</u>
+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	<u>+846</u>	<u>+1.118</u>
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	<u><u>+909</u></u>	<u><u>+846</u></u>

### 3. Ertragslage

Die Erfolgsentwicklung der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	2023		2022		Ergebnis- auswirkung T€
	T€	in % der Ge- samtleistung	T€	in % der Ge- samtleistung	
<u>Betriebsergebnis</u>					
Umsatzerlöse	6.858	100,0	6.129	100,0	729
<i>Gesamtleistung</i>	6.858	100,0	6.129	100,0	729
Materialaufwand	-206	-3,0	-129	-2,1	-77
Personalaufwand	-6.206	-90,5	-5.366	-87,6	-840
übrige betriebliche					
Erträge	914	13,3	722	11,8	192
Aufwendungen <sup>1)</sup>	-795	-11,6	-790	-12,9	-5
Abschreibungen	-700	-10,2	-632	-10,3	-68
<i>Betriebsergebnis</i>	-135	-2,0	-66	-1,1	-69
<u>Finanzergebnis</u>					
Zinserträge	13	0,2	0	0,0	13
<i>Finanzergebnis</i>	13	0,2	0	0,0	13
<u>Ergebnis vor ertrags- abhängigen Steuern</u>	-122	-1,8	-66	-1,1	-56
Ertragsteuern	0	0,0	0	0,0	0
<u>Jahresüberschuss</u>	-122	-1,8	-66	-1,1	-56

1) In den übrigen betrieblichen Aufwendungen sind die ertragsunabhängigen Steuern enthalten.

## Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720)

### I. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation

#### **Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge**

- a. Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?
- 

Die Aufgaben des Aufsichtsrats (§ 10) sowie der Gesellschaftsversammlung (§ 13 ) sind im Gesellschaftsvertrag vom 11. Januar 2023 geregelt. Der Aufsichtsrat hat gemäß § 9 des Gesellschaftsvertrages im Geschäftsjahr 2016 einen Fachbeirat eingesetzt. Eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat, eine Geschäftsordnung für den Fachbeirat sowie eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung konkretisieren die jeweiligen Aufgaben.

Diese Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Unternehmens.

- b. Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?
- 

Im Geschäftsjahr 2023 fanden sieben Gesellschafterversammlungen und fünf Aufsichtsratsitzungen statt. Niederschriften wurden hierüber erstellt.

- c. In welchen weiteren Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?
- 

Herr Peter Panitz, als Geschäftsführer der Gesellschaft, ist auskunftsgemäß Mitglied im Aufsichtsrat der Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH, (MDV) Halle/Saale, einer Gesellschaft, an der die NASA GmbH beteiligt ist. In weiteren Kontrollgremien i. S. d. 125 Abs. 1 Satz 5 AktG ist Herr Panitz nicht tätig.

- d. Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?
- 

Die Vergütung der Geschäftsführung wird individualisiert und aufgeteilt nach Komponenten im Anhang angegeben.

Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung.

## **II. Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums**

### **Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen**

- a. Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?
- 

Ein Organisationsplan in Form eines Organigramms liegt vor. Aus dem Organisationsplan sind die Aufbauorganisation und die Arbeitsbereiche des Unternehmens ersichtlich. Eine regelmäßige Überprüfung erfolgt.

Des Weiteren wird ein Organisationshandbuch geführt, in welchem die Zuständigkeiten beschrieben sind. Es erfolgen regelmäßige Anpassungen.

Diese Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Unternehmens.

- b. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?
- 

Nach unseren im Rahmen der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen wird entsprechend den jeweiligen Vorgaben verfahren.

- c. Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Eine Antikorruptionsveranstaltung (Inhouse-Schulungen) fand als Grundlagenschulung für neue Mitarbeiter am 29. November 2023 und als Auffrischungsschulungen in kleineren Gruppen am 4., 5. und 6. Dezember 2023 statt.

Daneben bestehen arbeitsvertragliche Regelungen in Form eines Verhaltenskodex. Darüber hinaus ist das 4-Augen-Prinzip im Unternehmen als Korruptionsvorkehrung anzusehen.

Zusätzlich werden wöchentliche Mitarbeiterbesprechungen zu aktuellen Geschäftsabläufen und Entscheidungsprozessen abgehalten.

- d. Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Die wesentlichen Arbeitsabläufe sind durch Arbeitsanweisungen und Richtlinien geregelt. Eine Überprüfung auf Aktualität erfolgt regelmäßig.

Darüber hinaus finden die Landesvergaberichtlinien und Regelungen der Auftragsvergabe für Leistungen (VOF, EU-Regelungen, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen usw.) Anwendung. Über deren Einhaltung liegen Dokumentationen in Form von Vergabevermerken für wesentliche Prozesse sowie in Form von Angebotsvergleichen vor.

Verstöße haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

- e. Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Eine entsprechende Dokumentation liegt vor.

### Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a. Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?
- 

Das Planungswesen ist durch die Einbindung in die haushaltstechnischen Vorschriften des Landes Sachsen-Anhalt bestimmt. Es wird jährlich ein Wirtschaftsplan – bestehend aus Vermögens-, Finanz-, Erfolgs- und Stellenplan – aufgestellt, der dem Aufsichtsrat zur Verabschiedung vorgelegt wird. Bei Bedarf werden Nachtragshaushalte erstellt und den Gremien vorgelegt.

Im Förderbereich werden von der NASA GmbH auf der Grundlage der Vorgaben im Landeshaushalt Vorschläge für Projekte erarbeitet und nach Genehmigung des MID im Rahmen des ÖPNV-Investitionsprogramms umgesetzt.

Im übrigen Treuhandbereich (Projekte) werden von der NASA GmbH auf der Grundlage der Vorgaben im Landeshaushalt Vorschläge für Projekte erarbeitet und in entsprechenden Projektübersichten zusammengefasst, die laufend mit dem MID abgestimmt werden.

Zum Jahresbeginn wird eine Übersicht über Dienstleistungen Außenstehender mit dem MID abgestimmt und dem Aufsichtsrat zum Beschluss vorgelegt. Die Mittel daraus werden monatlich abgefordert.

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Unternehmens.

- b. Werden Planabweichungen systematisch untersucht?
- 

Eine entsprechende Analyse findet statt. Grundsätzlich werden Soll-Ist-Abweichungen in den Aufsichtsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen thematisiert. Des Weiteren werden quartalsweise Berichte für den Gesellschafter vom Geschäftsführer erstellt, welche Planabweichungen umfassen.

- c. Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?
- 

Für die NASA GmbH und den Treuhandbereich sind getrennte Mandanten im Buchführungssystem angelegt, die auch getrennt abgeschlossen werden.

Im Buchungskreis der Treuhand werden neben der geforderten Einnahmen-Ausgaben-Rechnung anfallende Forderungen und Verbindlichkeiten erfasst und überwacht. Die Mittelabrechnungen gegenüber dem Land erfolgen monatlich und werden aus dem Datev-Programm generiert.

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung ist nach unseren Feststellungen der Größe und den besonderen Anforderungen der Gesellschaft grundsätzlich angemessen ausgestattet.

- d. Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?
- 

Kredite werden von der Gesellschaft nicht in Anspruch genommen. Die Liquidität wird laufend kontrolliert.

- e. Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?
- 

Innerhalb der Gesellschaft werden das Finanzmanagement des Treuhandbereiches und des Geschäftsbereiches der NASA GmbH zentral aufeinander abgestimmt.

- f. Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?
- 

Die Gesellschaft ist überwiegend für das Land Sachsen-Anhalt auf Basis des Geschäftsbesorgungsvertrages tätig. Die hierfür vorgesehenen Entgelte werden regelmäßig entsprechend der vertraglichen Regelungen abgefordert.

Des Weiteren werden Entgelte aus dem Vermietgeschäft und aus Dienstleistungen Dritter vereinnahmt. Diese Entgelte werden vollständig und zeitnah entsprechend der erbrachten Leistungen in Rechnung gestellt und überwiegend eingezogen. Abschlagszahlungen werden nicht eingefordert.

- g. Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Der Geschäftsführer und der Bereich Finanz- und Rechnungswesen übernehmen die Controllingtätigkeiten. Sie umfassen insbesondere die Durchführung von Soll-Ist-Vergleichen zur laufenden Erfolgs- und Ergebnisüberwachung. Diese erfolgen in Form der Gegenüberstellung der Zahlen des Wirtschaftsplans und der aktuellen betriebswirtschaftlichen Daten aus der Buchhaltung bzw. Kostenrechnung. Sofern Abweichungen bestehen, werden diese analysiert und ggf. neue Vorgaben für die Planung abgeleitet.

Das Controlling entspricht nach unseren Feststellungen den Anforderungen der Gesellschaft und umfasst die wesentlichen Unternehmensbereiche.

- h. Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Die Nahverkehrsservice Sachen-Anhalt GmbH, Magdeburg, hält eine Beteiligung in Höhe von 4,6 % an der MDV GmbH und in Höhe von 1,66 % an der Deutschlandtarifverbund-GmbH.

Diese Beteiligungen sind nicht wesentlich.

#### **Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem**

- a. Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Risiken, Frühwarnsignale sowie Maßnahmen nach Art und Umfang wurden im Risikomanagementsystem definiert, sodass rechtzeitig bestandsgefährdende Risiken zu erkennen sind. Des Weiteren ist die Erfüllung des, in jedem Jahr neu zu erstellenden, Wirtschaftsplanes als Indikator für die Entwicklung der Gesellschaft anzusehen.

Das Risikomanagementhandbuch wird regelmäßig auf Aktualität hin überprüft. Eine aktuelle Version wurde in 2021 erstellt. Turnusgemäß sollte dies alle 2 Jahre erfolgen. Eine Aktualisierung wird aussergemäß in 2024 vorgenommen.

- b. Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden oder nicht ausreichend sind.

- c. Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die bislang ergriffenen Maßnahmen sind ausreichend in schriftlicher Form dokumentiert.

- d. Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Die Abstimmung und Anpassung der Frühwarnsignale und Maßnahmen an die Geschäftsprozesse und Funktionen ist regelmäßig vorgesehen.

#### **Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate**

Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt, daher entfällt die Beantwortung dieses Fragenkreises.

#### **Fragenkreis 6: Interne Revision**

Eine eigene Innenrevision besteht nicht und ist in Bezug auf die Größe der Gesellschaft auch nicht erforderlich, daher entfällt die Beantwortung dieses Fragenkreises.

### **III. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit**

#### **Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**

- a. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedarf die Geschäftsführung für die in § 9 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg, aufgeführten zustimmungspflichtigen Geschäfte.

Verstöße gegen die Zustimmungserfordernisse haben wir im Geschäftsjahr 2023 nicht festgestellt.

- b. Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?
- 

Derartige Kreditgewährungen erfolgten nach den uns erteilten Auskünften nicht.

- c. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?
- 

Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Geschäfte und Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Geschäfte und Maßnahmen getätigt bzw. getroffen worden sind.

- d. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?
- 

Im Rahmen der Prüfung ist uns nicht bekannt geworden, dass die in 2023 von der Geschäftsführung vorgenommenen Geschäfte und eingeleiteten Maßnahmen nicht mit Gesetz, Gesellschaftsvertrag oder den Beschlüssen des Aufsichtsrates übereinstimmen.

#### **Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen**

- a. Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?
- 

Alle wesentlichen durchzuführenden Investitionen werden im Vorfeld auf Rentabilität, Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit überprüft und vom Aufsichtsrat genehmigt.

Im Rahmen des Vermietgeschäfts wurden Investitionen getätigt und über echte Zuschüsse des Landes finanziert. Das Vorgehen wurde mit dem MID LSA sowie mit dem MF LSA abgestimmt.

- b. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?
- 

Die Preisermittlung erfolgt auskunftsgemäß in der Regel über die Einholung von mehreren Angeboten. Diese ermöglichen die Beurteilung der Angemessenheit des Preises. Bei bestimmten Vergaben, bei Überschreitung der für das Land vorgeschriebenen Größen, erfolgen Ausschreibungen gemäß den geltenden Vorschriften (z.B. Reinigungsleistung).

Anhaltspunkte, dass die Unterlagen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, haben sich nicht ergeben.

- c. Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?
- 

Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen werden regelmäßig überwacht und gegebenenfalls auftretende Abweichungen untersucht.

- d. Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?
- 

Im Geschäftsjahr haben sich keine wesentlichen Überschreitungen bei den Investitionen ergeben.

- e. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?
- 

Dafür haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

### Fragenkreis 9: Vergaberegeln

- a. Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegeln (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?
- 

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- b. Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegeln unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?
- 

Bei der Vergabe von größeren Aufträgen werden auskunftsgemäß anhand von Konkurrenzangeboten Preis-Leistungs-Verhältnisse überprüft.

**Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan**

- a. Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Die Geschäftsführung unterrichtet den Aufsichtsrat regelmäßig über die Entwicklung des Geschäftsjahres, insbesondere über wesentliche Abweichungen von Planzahlen. Weiterhin wird dem Aufsichtsrat Bericht über geplante Maßnahmen erstattet.

- b. Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichte vermitteln einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens.

- c. Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Uns ist nicht zur Kenntnis gelangt, dass das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge nicht zeitnah unterrichtet wurde oder dass ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen im Berichtsjahr 2023 vorliegen.

- d. Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Es erfolgte keine Berichterstattung auf besonderen Wunsch

- e. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Derartige Anhaltspunkte wurden nicht bekannt.

- f. Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung für die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat wurde mit Vertragsbeginn zum 1. Januar 2023 abgeschlossen. Zu gleichem Vertragsbeginn und auch mit Zustimmung von Aufsichtsrat und Gesellschafter wurde außerdem eine Strafrechtsschutzversicherung für die Geschäftsleitung abgeschlossen. In Abstimmung mit dem Gesellschafter und dem Aufsichtsrat wurde kein Selbstbehalt vereinbart.

- g. Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Auskunftsgemäß und nach den vorgelegten Protokollen der Sitzungen des Überwachungsorgans wurden im Berichtsjahr keine Interessenkonflikte gemeldet. Anderweitige Feststellungen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht getroffen.

#### **IV. Vermögens- und Finanzlage**

##### **Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven**

- a. Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Wesentliches nicht betriebsnotwendiges Vermögen liegt nach unseren Erkenntnissen nicht vor.

- b. Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Auffallend hohe oder niedrige Bestände sind nicht gegeben.

- c. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

### Fragenkreis 12: Finanzierung

- a. Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?
- 

Zur Zusammensetzung der Kapitalstruktur verweisen wir auf Anlage 6 Blatt 1.

- b. Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?
- 

Die Gesellschaft ist nicht Obergesellschaft eines Konzerns.

- c. In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?
- 

Gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Land Sachsen-Anhalt ist für die Tätigkeit der Gesellschaft ein Entgelt zu zahlen. Dieses betrug im Geschäftsjahr T€ 6.275. Daneben erhielt die Gesellschaft Zuschüsse (T€ 104) für die Anschaffung des Anlagevermögens im Rahmen des Vermietgeschäfts sowie damit im Zusammenhang stehende Ertragszuschüsse (T€ 556).

Anhaltspunkte für Verstöße gegen damit verbundene Verpflichtungen und Auflagen haben wir nicht festgestellt.

### Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a. Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?
- 

Das Eigenkapital und der Sonderposten für Investitionen decken das Anlagevermögen und Teile des Umlaufvermögens der Gesellschaft. Unter dem Gesichtspunkt der Fristenkongruenz bestehen insoweit keine Finanzierungsprobleme. Kurzfristig verfügbare liquide Mittel sind zum Stichtag ausreichend vorhanden.

- b. Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?
- 

Die Geschäftsführung beabsichtigt, das Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen. Der Ergebnisverwendungsvorschlag ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar.

## V. Ertragslage

### **Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit**

- a. Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?
- 

Eine Segmentierung des Betriebsergebnisses ist nicht sinnvoll.

- b. Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?
- 

Das Jahresergebnis 2023 ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

- c. Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?
- 

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- d. Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?
- 

Diese Frage ist nicht einschlägig.

### **Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen**

- a. Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?
- 

Verlustbringende Einzelgeschäfte waren im Geschäftsjahr 2023 nicht zu verzeichnen.

- b. Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?
- 

Maßnahmen zur Begrenzung von Verlusten waren nicht notwendig.

**Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage**

- a. Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Es wurde ein Jahresfehlbetrag erwirtschaftet. Zur Ursache verweisen wir auf den Lagebericht (Anlage 4).

- b. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Zur weiteren Unternehmensentwicklung verweisen wir auf den Lagebericht (Anlage 4).

**Einnahmen- und Ausgabenrechnung und Treuhandvermögen**

**Einnahmen- und Ausgabenrechnung für den Zeitraum vom 01. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023**

Zweckbestimmung	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
<b>Einnahmen vom Land</b>		
Kapitel 1401	749,70	357,00
Kapitel 1402	2.806.129,01	0,00
Kapitel 1403	339.770.101,60	395.554.374,70
<b>EFRE Mittel</b>		
Kapitel 1316	0,00	649.110,88
<b>Strukturstärkung</b>		
Kapitel 1332	76.053,38	0,00
<b>Rückzahlungen von Zuwendungsempfängern</b>	4.496.417,89	6.710.332,01
<b>Einnahmen von Dritten</b>		
Kapitel 1316	0,00	0,01
Kapitel 1401	749,70	1.166,20
Kapitel 1403	4.062.201,52	3.795.583,57
<b>GESAMTSUMME EINNAHMEN</b>	<b>351.212.402,80</b>	<b>406.710.924,37</b>

<b>Forderungen an Land</b>	<b>54.916,77</b>	<b>1.675.778,00</b>
----------------------------	------------------	---------------------

<b>Ausgaben</b>		
Kapitel 1401	1.499,40	1.523,20
Kapitel 1402	2.806.129,01	0,00
Kapitel 1403	343.887.219,89	401.017.498,93
<b>EFRE Mittel</b>		
Kapitel 1316	0,00	649.110,89
<b>Strukturstärkung</b>		
Kapitel 1332	76.053,38	0,00
<b>Rückzahlungen von Zuwendungsempfängern</b>	4.496.417,89	6.710.332,01
<b>GESAMTSUMME Ausgaben</b>	<b>351.267.319,57</b>	<b>408.378.465,03</b>

<b>Ausgaben Vor- bzw. Folgejahre</b>	<b>0,00</b>	<b>8.237,34</b>
--------------------------------------	-------------	-----------------

**Überschuss** 0,00 0,00

Als Einnahmen vom Land Sachsen-Anhalt sind die Zahlungen - bereinigt um unterjährig zurückgeführte Finanzmittel - dargestellt, die auf Treuhandkonten der NASA GmbH zur Weiterleitung an die Zuwendungsempfänger und weitere Vertragspartner im ÖPNV eingegangen sind bzw. auf die noch ein Anspruch besteht. Die Mittel sind für das Leistungsangebot des SPNV in Sachsen-Anhalt sowie weitere Aufgaben gem. Geschäftsbesorgungsvertrag bestimmt.

Die benötigten Mittel für Verkehrsleistungen und für weitere Programme werden auf der Grundlage von Mittelanforderungen der NASA GmbH vom MLV LSA zur Verfügung gestellt.

Die Rückzahlungen von Zuwendungsempfängern betreffen im Wesentlichen in Vorjahren angeforderte und von den Zuwendungsempfängern nicht voll in Anspruch genommene und an die NASA GmbH zurückgezahlte Zuwendungen oder im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung zurückgeforderte Mittel.

Als Ausgaben für die Leistungserbringung im SPNV sowie sonstiger Programme sind die Zahlungsausgänge von den Treuhandkonten der NASA GmbH bzw. noch bestehende Zahlungsverpflichtungen dargestellt. Die von der Gesellschaft nicht benötigten Mittel werden an das Land Sachsen-Anhalt zurückgeführt.

**Einnahmenrechnung nach Titeln**

Titel	Zweckbestimmung	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
	<b>Einnahmen vom Land</b>		
	<u>Kapitel 1401</u>		
531 01	Veröffentlichungen/Anzeigen/Veranstaltungen	0,00	0,00
532 01	sonstige Ausgaben Öffentlichkeitsarbeit	749,70	357,00
	<u>Kapitel 1402</u>		
683 01	Infektionsschutzmaßnahmen / Zuschüsse für lfd. Zwecke ÖPNV insbes. SPNV (9. Gesetz RegG) D-Ticket	2.645.488,53	0,00
682 81	Zuschüsse für laufende Zwecke öffentliche Unternehmen	160.640,48	0,00
	<u>Kapitel 1403</u>		
129 63	sonstige Einnahmen	0,00	0,00
522 64	Aufgaben für Gutscheine, Studien und Beraterverträge	166.188,26	0,00
633 63	Zuweisung komm. Gebietskörp.	15.769.224,86	15.954.527,93
682 63	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	10.134.741,47	7.619.997,95
682 64	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	95.037,33	70.958,80
683 63	Zuschüsse lfd. Zwecke des ÖPNV (konsumtiv)	270.958.632,87	322.681.891,61
683 63	Corona SPNV VV (§7 RegG)	2.645.488,53	7.204.487,11
683 63	9€ Ticket	876.925,20	16.210.708,65
686 03	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	243.766,51	302.363,09
883 63	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften (Landkreise, kreisfreie Städte) für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV)	3.835.417,65	5.047.139,41
883 64	Zuweisungen an kommunale Gebietskörperschaften (Landkreise, kreisfreie Städte) für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV)	18.154,84	0,00
891 64	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	405.627,00	0,00
892 63	Zuschüsse für Investitionen im ÖPNV	11.113.527,42	14.451.089,99
892 64	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	117.096,69	0,00
883 02	Finanzhilfen Bund - Stadt und Land	23.390.272,97	6.011.210,16
	<b>Gesamtsumme Einnahmen vom Land</b>	<b>342.576.980,31</b>	<b>395.554.731,70</b>
	<u>Kapitel 1316</u>		
682 64	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0,00	649.110,88
	<b>Gesamtsumme EFRE</b>	<b>0,00</b>	<b>649.110,88</b>
	<u>Kapitel 1332</u>		
883 62	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Strukturstärkung Kohleregionen)	76.053,38	0,00
	<b>Gesamtsumme Strukturstärkung</b>	<b>76.053,38</b>	<b>649.110,88</b>
	<b>Rückzahlungen von Zuwendungsempfängern</b>	<b>4.496.417,89</b>	<b>6.710.332,01</b>

Titel	Zweckbestimmung	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
	<b>Einnahmen von Dritten</b>		
	<u>Kapitel 1316</u>		
682 64	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0,00	0,01
	<u>Kapitel 1401</u>		
532 01	sonstige Ausgaben Öffentlichkeitsarbeit	749,70	1.166,20
	<u>Kapitel 1403</u>		
129 63	sonstige Einnahmen	66.998,35	0,00
682 63	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	100.009,68	87.310,88
682 64	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0,00	0,00
683 63	Zuschüsse lfd. Zwecke des ÖPNV (konsumtiv)	140.345,90	300.380,64
892 63	Zuschüsse für Investitionen im ÖPNV	83.753,27	71.672,80
	Clearing SFT und ABW	3.671.094,32	3.336.219,25
	<b>Gesamtsumme Einnahmen von Dritten</b>	<b>4.062.951,22</b>	<b>3.796.749,78</b>
	<b>GESAMTSUMME EINNAHMEN</b>	<b>351.212.402,80</b>	<b>406.710.924,37</b>
	<b>Forderungen an Land</b>	<b>54.916,77</b>	<b>1.675.778,00</b>
	<b>GESAMTSUMME EINNAHMEN (inkl. Forderung)</b>	<b>351.267.319,57</b>	<b>408.386.702,37</b>

**Ausgabenrechnung nach Titeln**

<b>Titel</b>	<b>Zweckbestimmung</b>	<b>31.12.2023 EUR</b>	<b>31.12.2022 EUR</b>
	<b>Ausgaben</b>		
	<u>Kapitel 1401</u>		
531 01	Veröffentlichungen/Anzeigen/Veranstaltungen	0,00	0,00
532 01	sonstige Ausgaben Öffentlichkeitsarbeit	1.499,40	1.523,20
	<u>Kapitel 1402</u>		
683 01	Infektionsschutzmaßnahmen Corona	2.645.488,53	0,00
682 81	Zuschüsse für laufende Zwecke öffentliche Unternehmen	160.640,48	0,00
	<u>Kapitel 1403</u>		
129 63	sonstige Einnahmen	66.998,35	0,00
522 64	Aufgaben für Gutscheine, Studien und Beraterverträge	166.188,26	0,00
633 63	Zuweisung komm. Gebietskörp.	15.769.224,86	15.954.527,93
682 63	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	10.288.630,00	8.682.141,23
682 64	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	95.037,33	70.958,80
683 63	Zuschüsse lfd. Zwecke des ÖPNV (konsumtiv)	271.100.016,43	329.604.190,67
683 63	Corona SPNV VV (§7 RegG)	2.645.488,54	1.193.276,95
683 63	9 € Ticket	876.925,20	16.210.708,65
686 03	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	243.766,51	302.363,09
883 63	Zuweisungen an kommunale Gebietskörp.	3.835.417,90	5.129.139,41
883 64	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	18.154,84	0,00
891 64	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	405.627,00	0,00
892 63	Zuschüsse für Investitionen	11.197.280,69	14.522.762,79
892 64	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	117.096,69	0,00
883 02	Finanzhilfen Bund - Stadt und Land	23.390.272,97	6.011.210,16
	Clearing SFT und Azubiticket	3.671.094,32	3.336.219,25
	<b>Gesamtsumme Ausgaben</b>	<b>346.694.848,30</b>	<b>401.019.022,13</b>
	<u>Kapitel 1316</u>		
682 64	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	0,00	649.110,89
	<b>Gesamtsumme Ausgaben EFRE</b>	<b>0,00</b>	<b>649.110,89</b>
	<u>Kapitel 1332</u>		
883 62	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Strukturstärkung Kohleregionen)	76.053,38	0,00
	<b>Gesamtsumme Ausgaben Strukturstärkung</b>	<b>76.053,38</b>	<b>0,00</b>
	<b>Rückzahlungen von Zuwendungsempfängern</b>	<b>4.496.417,89</b>	<b>6.710.332,01</b>
	<b>Auszahlungen in Folgejahren</b>	<b>0,00</b>	<b>8.237,34</b>
	<b>GESAMTSUMME AUSGABEN</b>	<b>351.267.319,57</b>	<b>408.386.702,37</b>

Übersicht Treuhandvermögen zum 31. Dezember 2023

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
<b>Umlaufvermögen</b>		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	81.112,22	2.128.955,09
2. Forderungen gegen die NASA GmbH	18.124,84	229,12
3. sonstige Vermögensgegenstände	8.593,41	0,00
	107.830,47	2.129.184,21
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	25.920.995,43	388.981,80
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	-0,01	0,03
	26.028.825,89	2.518.166,04
<b>Verbindlichkeiten</b>		
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	41.860,99
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.790.246,02	1.666.465,42
3. sonstige Verbindlichkeiten	84.411,34	0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Land	15.153.720,99	809.831,98
5. Verbindlichkeiten gegenüber der NASA GmbH	447,54	7,65
	26.028.825,89	2.518.166,04
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	0,00	0,00
	26.028.825,89	2.518.166,04

Folgende Bestände an Guthaben werden ausgewiesen:

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
Deutsche Kreditbank AG, Konto 739	95.232,36	95.414,21
HypoVereinsbank AG		
Konto 1337 - Giro Treuhand	4.163.852,85	63.354,18
Konto 1345 - Clearing SFT	10.706,16	4.420,16
Konto 1352 - Clearing Azubiticket	551.204,06	225.793,25
Konto 0800 - Festgeld	21.100.000,00	0,00
	25.920.995,43	388.981,80

Verbindlichkeiten gegenüber dem Land (EUR 15.153.720,99; Vorjahr EUR 809.831,98) betreffen nicht verwendete Mittel aus verschiedenen Projekten. Sie sind bis zum Abschluss der Prüfung zurückgezahlt.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen setzen sich wie folgt zusammen:

	EUR
Stadt Halle (Saale)	3.527.910,03
Landeshauptstadt Magdeburg	2.942.928,07
Stadt Merseburg	1.439.572,33
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1.064.985,11
Stadt Staßfurt	460.000,00
Genese Werbeagentur GmbH	268.755,33
Gemeinde Helbra	211.631,53
Hacon Ingenieurgesellschaft mbH	96.089,74
Stadtwerke Stendal	86.193,53
Stadtwerke Wernigerode GmbH	59.970,91
Dessauer Stromversorgung GmbH	56.101,80
Baumgardt Consultants GmbH	53.218,61
Köthen Energie GmbH	49.682,56
Burchard Führer GmbH	49.169,57
Stadtwerke Hettstedt GmbH	40.425,15
VMZ Berlin Betreibergesellschaft mbH	38.246,60
SWB Städtische Wohnungsbau GmbH Schönebeck	34.666,80
CIMA Institut für Regionalwirtschaft GmbH	30.940,00
O.phon GmbH	29.159,81
eliso GmbH	25.642,28
Railistics GmbH	24.233,55
Städtische Werke Magdeburg GmbH & Co. KG	22.000,00
Sonstiges unter TEUR 20	178.722,71
	10.790.246,02